

ANSICHTEN - AUSSICHTEN

◀ **Hartz-IV-
Vermittlung in der
Sackgasse!**

Seite 2 >>>

◀ **Haushalt 2011
der Gemeinde kri-
tisch?**

Seite 3 >>>

◀ **Zählgemein-
schaft in der Ge-
meindevertretung**

Seite 4 >>>

Editorial

Schon wieder eine neue Informationsschrift der Linken... mögen Sie denken.

Nein und ja! Zum einen setzen wir das fort, was Sie schon seit Jahren mit dem Faltblatt Ansichten - Aussichten sowie der Bürgerzeitung kennen - Berichte über die Arbeit der Linksfraktion in Neuenhagen. Hier erhalten Sie - wie gewohnt - aktuelle Informationen im Zweimonatsrhythmus über Projekte, Aufgaben und Probleme unserer Gemeinde. Aber mittlerweile ist Neuenhagen eben auch Mittelzentrum. Auch dazu soll - und das ist das Neue - verstärkt im neuen Blatt informiert werden.

Unverändert sind wir der Auffassung, dass Kommunalpolitik nicht nur die Aufgabe der Gemeindevorteilerinnen und Gemeindevorteiler oder gar nur der Verwaltung ist. Je mehr Einwohnerinnen und Einwohner hier teilnehmen, desto besser für die Kommunalpolitik und damit für uns alle: Wie geht es nun weiter mit Laubentsorgung, Straßenreinigung und Grünpflege? Sollten wir nicht endlich die lange diskutierte Kommunalisierung dieser Aufgaben in Angriff nehmen? Was meinen Sie? Was denken Sie über die Möglichkeiten einer dezentralen Energieversorgung in Neuenhagen bzw. im Mittelbereich? Wie wird das neue Bürgerhaus künftig betrieben werden? Was sagen die Vereine, die bisherigen Hauptnutzer zur künftigen Betriebsform? Welche Vorstellungen haben Sie?

Vor einiger Zeit haben viele Einwohnerinnen und Einwohner Neuenhagens an der Entwicklung des Konzepts „Agenda 21“ mitgewirkt. Daraus entstand ein anspruchsvolles Leitkonzept für Neuenhagens Entwicklung. Wie weit ist die Realisierung dieses in demokratischer Weise entstandenen Programms gediehen? Und gibt es hier vielleicht den Bedarf, es an die neuen Verhältnisse im Mittelzentrum anzupassen?

Künftig sollen an dieser Stelle auch Beiträge über linke Positionen im Europaparlament, auf der Bundes- und Landesebene erscheinen, denn das Leben in der Gemeinde hängt doch wesentlich von den europa-, bundes- und landespolitischen Rahmensetzungen ab.

Um über diese und andere Fragen mit Ihnen besser ins Gespräch zu kommen, haben unsere Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig und Marco Büchel am 18. Februar 2011, ein Bürgerbüro mit Sprechstunden montags von 11 bis 17 Uhr in der Neuenhagener Ernst-Thälmann-Straße 33, gegenüber dem Buchhaus Bünger eröffnet. Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr erwartet Sie ein Fraktionsmitglied zum Gespräch mit Ihnen. Nutzen Sie diese Möglichkeiten für Kritik, Hinweise, Vorschläge, Informationen!

Die im Impressum genannten Redakteure werden ihr Bestes geben, Sie in unseren sechs Ausgaben im Jahr 2011 kurz und bündig, wahrheitsgemäß und direkt zu informieren. Wir freuen uns auf Ihr Interesse!

Elke Richter



◀ **Bürgerbüro in der E.-Thälmann-Str. 33 eröffnet** Seite 2 >>>

Links unten...

Dreimal „K“ – ein Nachschlag

Man ist einfach verunsichert. Vor fast zwei Jahrzehnten in der BRD angekommen. Manche wollten nicht. Ich halte eine Menge vom Grundgesetz und erklärte: Ich lebe im Kapitalismus! Scharfe Belehrungen: den gibt es nicht. Später erklärte ein Finanzminister, dass wir am Abgrund ständen. Der K. wäre die Ursache.

Mein Land führt Krieg! Nein, niemals. Später hieß es, ja, kriegsähnlich. Heute ist das Wort K. salonfähig. Plötzlich ein drittes K. Nicht der Innenminister verun-

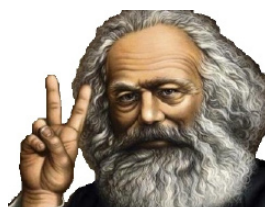
sichert mich. Meine Parteivorsitzende wagt sich, das Wort Kommunismus zu nennen. So am Rande. Was an Lautstärke, Sendestunden, Zwischenrufen im BT und an Druckerschwärze aufgefahren wurde, hieß: Mein Vaterland ist in Gefahr, roter Gefahr! Selbst der Bundespräsident sorgt sich um meine Enkel. Mein Ministerpräsident: „... DDR ist tot, Kommunismus ist mause, mausetot ...“. K. M. soll ein toter Hund sein?

Gesine, sage ich, hör auf. Wer alternativ denkt, lebt echt gefährlich. Muss das sein? Denke ich an das Niveau der Debatte, schäme ich mich für an-

dere. Eine Einheitsfront im Wahlkampf. Angst vor einem Gespenst, welches umgeht, Herr Doktor? Wer Angst hat, denkt oft weniger und wählt nicht oder das Falsche. So wird es sein.

(Wenn mir mein Gott, das Grundgesetz und die Nachbarn helfen, so werden mit dieser K-Debatte die Risse zwischen Erwartungen und Wirklichkeit nicht gekittet.)

Ach so, das K-Manifest gibt es ja auch noch.



Bürgerbüro eröffnet

Die Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig und Marco Büchel eröffneten in der Ernst-Thälmann-Str. 33 ihr Bürgerbüro. Als Abgeordnete der Linken konnten Sie fast 40 Gäste begrüßen. Unter ihnen die Bürgermeister aus Neuenhagen, Hoppegarten, Fredersdorf-Vogelsdorf und Altlandsberg sowie ihren Kollegen Jungclaus. (Bündnis 90/Die Grünen). Sie bedankten sich für die Unterstützung durch den Ortsverband Die Linke und die guten Wünsche bei den Bürgermeistern und den Kreisvorsitzenden ihrer Partei. Ihr wichtigster Wunsch ist, dass viele Bürger das Büro aufsuchen, in dem auch Ausstellungen und andere kulturelle Veranstaltungen stattfinden werden. Zum Auftakt las der Journalist Matthias Krauß aus seinem Buch: "Hoch über Sumpf und Sand - Zwanzig Jahre Neu-Brandenburg". Das Büro ist montags von 11.00 - 17.00 Uhr und samstags von 10.00 bis 13.00 Uhr geöffnet. Andere Termine können über 03344/334541 oder info@marco-buechel.de vereinbart werden.



Marco Büchel stellt sich vor

Seit Oktober 2009 bin ich Mitglied des Landtages Brandenburg und vertrete unsere Region intensiv in Potsdam. Neben den regionalen

Themen bin ich als Fachpolitiker der Fraktion DIE LINKE für den Bereich Berufliche Bildung und Verbraucherschutz zuständig. Ich freue mich sehr, dass ich Ihnen gemeinsam mit meiner Kollegin MARGITTA MÄCHTIG, rechtspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, zukünftig mit dem Linken-Bürgerbüro in der Ernst-Thälmann-Straße 33 einen Anlaufpunkt für Ihre Fragen, Probleme, Anregungen und viele interessante Gespräche anbieten kann.

Als erstes möchte ich mich Ihnen heute etwas näher vorstellen:

Ich wurde 1983 in Wriezen geboren und lebe mit meiner Familie im Bad Freienwalde. Nach dem Abitur am Bertolt-Brecht-Gymnasium Bad Freienwalde im Jahr 2002 habe ich eine Ausbildung in der gesetzlichen Krankenkasse zum Sozialversicherungsfachangestellten absolviert. Anschließend war ich bis zum Eintritt in den Landtag weiterhin bei der DAK beschäftigt. Seit 2003 bin ich Stadtverordneter in Bad Freienwalde und leite seit 2004 durchgehend

den städtischen Ausschuss für Bildung, Kultur, Soziales, Jugend und Sport.

Gern möchte ich Sie zukünftig an dieser Stelle regelmäßig über aktuelle landespolitische Themen informieren.

In der letzten Landtagssitzung hat DIE LINKE das Thema Leiharbeit auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt. Die Landesregierung ist jetzt beauftragt, sich beim Bund für gesetzliche Änderungen einzusetzen. Der Bund soll den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzen und BetriebsrätlInnen ein Mitbestimmungsrecht über den Einsatz von Leiharbeit einräumen. Die Anstellung bei einer Leiharbeitsfirma darf nicht mehr auf die Zeit eines Einsatzes begrenzt werden. Und Auswüchse, wie die Verlagerung von Arbeitsplätzen in konzerninterne Leiharbeitsfirmen sind schon gar nicht länger hinnehmbar. Leiharbeit führt immer mehr Menschen zu Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung. Und sie wird von vielen Unternehmen bewusst so praktiziert. CDU und FDP verweigern diese Erkenntnis hartnäckig. Leiharbeit muss wieder auf ihren Ursprungszweck, das Abfangen kurzzeitig hohen Beschäftigungsbedarfs (z. B. bei Auftragspitzen in Unternehmen), zurückgeführt werden. Dumpinglöhne und Zweiklassen-Belegschaften müssen so schnell wie möglich der Vergangenheit angehören.



-Vermittlung in der Sackgasse

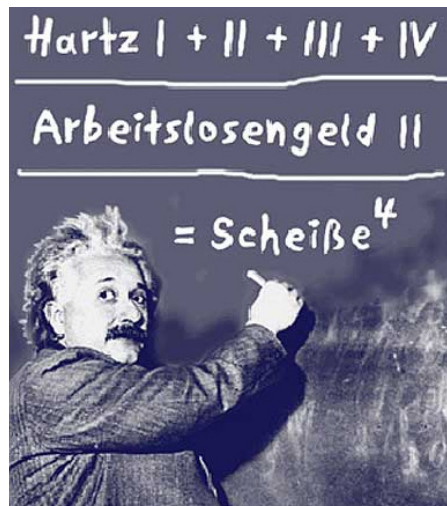
Union und SPD haben sich im Vermittlungsverfahren für die Hartz-IV-Reform in die Sackgasse manövriert. Nun geben sie sich, wie üblich gegenseitig die Schuld. Allerdings verlieren sie dabei aus den Augen, dass bei diesem Verfahren faktisch das Bundesverfassungsgericht mit am Tisch sitzt. Das Gericht hat die Regelsätze und das Verfahren ihrer Ermittlung für verfassungswidrig erklärt. Union und FDP, SPD und Grüne sind dagegen in den Vermittlungsausschuss gegangen, wie in eine Tauschbörse. Und Karlsruhe interessiert nicht, ob die CDU meint, mehr Geld für die Hartz-IV-Empfänger sei nicht da. Das höchste deutsche Gericht hat festgelegt, wie die Hartz-Regelsätze, die einem menschenwürdigen Existenzminimum genügen, zu berechnen sind. Union und FDP, SPD und Grüne tun so, als ob sie sich aussuchen könnten, was sie davon übernehmen oder nicht. SPD und Grüne etwas mehr, CDU und FDP etwas weniger. Betroffenen von diesem Machtpoker sind fast sieben Millionen Menschen: 4,6 Millionen Erwachsene und rund 2 Millionen Kinder.

Die Hartz-IV-Parteien CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne sind zerstritten. Doch der Streit, ob die Hartz-IV-Empfänger künftig 5 oder 11

Euro mehr bekommen, trägt die Züge eines Disputs zwischen Gutsheeren, die sich nicht über die erbärmlichen Verhältnisse ihres Gesindes einigen können. Von diesen Regelsätzen ist keine gesunde Ernährung, keine soziale und kulturelle Teilhabe möglich. SPD und Grüne haben um eine verfassungskonforme Ausgestaltung der Regelsätze nicht wirklich gerungen. Ihnen kam es vor allem darauf an, ihre Bundesratsstimmen möglichst teuer gegen Zugeständnisse der Union, z. B. beim Thema Zeitarbeit einzutauschen. Das ist schief gegangen. Und es hat schon einen Beigeschmack: Ein versuchter Kuhhandel mit einer Regierung, die so ungeniert wie noch nie am Grundgesetz vorbeiregiert.

Mit keiner anderen gesellschaftlichen Gruppe würden die etablierten Parteien so umgehen. Sie haben die Hartz-IV-Betroffenen offenbar als Wähler abgemeldet. DIE LINKE war die einzige Fraktion, die im Vermittlungsausschuss die Herstellung verfassungskonformer Hartz-IV-Regelsätze ins Zentrum gestellt hat. Ein sachgerechter Regelsatz, der auf willkürliche Kürzungen und Abschläge verzichtet, kann nicht unter 465 Euro liegen; bei der Umsetzung eines „reinen“ Statistikmodells ergäbe sich ein Regelsatz von etwa 500 Euro.

Marian Krüger



Helga Pietschmann
Sachkundige Bürgerin
im Finanzausschuss



Der Haushaltsplan der Gemeinde Neuenhagen ging in diesem Jahr nicht so problemlos wie in den vergangenen Jahren über die Bühne.

Die in den Vorjahren angesammelte Rücklage wurde durch die Neubauobjekte vollständig aufgebraucht.

Aus den Jahresabschlüssen 2009 und 2010 ist eine neue Rücklage von 1,6 Mio. € zu erwarten.

Im Jahr 2011 und in den drei Folgejahren des Planungszeitraumes übersteigen die Aufwendungen die Erträge in jährlich steigender Höhe. Die weitere Vorausschau lässt diese Tendenz noch steigen. Diese Entwicklung ergibt sich vor allem daraus, dass bei etwa gleich bleibenden Erträgen die Betriebskosten und die Abschreibungen für die kommunalen Einrichtungen steigen. Bei den Personalkosten schlägt sich nieder, dass die Gemeinde zwar zusätzliche Mittel vom Land für die Erhöhung der Anzahl der Erzieherinnen in den Kitas erhält, der tatsächliche Schlüssel für die Betreuung aber bei uns günstiger ist als vom Land ge-

fördert wird. Das ist gut und soll auch so bleiben. Auch die Fördermittel für Sport, Jugendarbeit, Altenbetreuung und Vereine sollen nicht gekürzt werden. Das neue Bürgerhaus wird uns jährlich ca. 0,5 Mio. € kosten. Dazu kommen noch die Tilgungsraten der Investitionssumme.

Wenn wir uns das alles auch weiter so leisten wollen, muss die Verwaltung gemeinsam mit den Abgeordneten intensiv daran arbeiten, sowohl die Erträge zu erhöhen als auch die Kosten zu analysieren und zu senken. Dazu hat die Verwaltung bereits Schwerpunkte vorgelegt, die durch die Gemeindevertreter bestätigt wurden und für die nun konkrete Beschlüsse vorbereitet und gefasst werden müssen. Das wird Auswirkungen auch auf die Realisierung von Investitionsmaßnahmen haben, die sich zeitlich strecken müssen.

Haushalt 2011 kritisch ?

Diese Fragen wurden in den Ausschüssen der Gemeindevertretung breit diskutiert. Im Finanzausschuss führte das dazu, dass von 7 Mitgliedern nur zwei für und einer gegen den Haushalt 2011 stimmten, vier enthielten sich. Der Schwerpunkt der unterschiedlichen Auffassungen lag darin, dass durch die Verwaltung vorgeschlagen wurde, die voraussichtliche Rücklage von 1,6 Mio. € bis zum Jahr 2014 vollständig zum Ausgleich der Fehlbeträge im Ergeb-

nishaushalt einzusetzen. Damit ist die Fraktion DIE LINKE nicht einverstanden. Wir wollen eine Rücklage für dringende Fälle erhalten, um reaktionsfähig zu sein. Eine Ablehnung des Haushaltes würde aber u. a. auch zu Problemen bei der Auszahlung von Geldern für freiwillige Aufgaben, vor allem für die Vereine führen.

In Erwägung aller Folgen, die ein nicht bestätigter Haushalt mit sich bringt, hat die Fraktion DIE LINKE einen Änderungsantrag zum Haushalt gestellt. Er beauftragt den Bürgermeister, über die Budgetvorgaben an die einzelnen Bereiche der Verwaltung die Aufwendungen so zu begrenzen, dass sie durch die Erträge gedeckt werden. Damit soll der Verbrauch der Rücklagen verhindert werden.

Darüber hinaus haben wir beantragt, den Neubau der Trauerhalle auf dem Waldfriedhof zu verschieben., bis die finanziellen Voraussetzungen geschaffen wurden.

Diesen Anträgen folgten 20 der 23 anwesenden Abgeordneten.

Damit hat die Gemeinde einen genehmigten Haushalt 2011 und gleichzeitig ist durch den Bürgermeister zu gewährleisten, dass die Rücklage nicht zur Deckung der Fehlbeträge verbraucht wird. Schrittweise ist der Ausgleich auch für die folgenden Jahre zu erreichen.

Die Haushaltsführung der Gemeinde wird in den kommenden Jahren eine ständige Analyse der Kosten und Erträge erfordern, an der sich unsere Fraktion konstruktiv beteiligen wird.

Sven Kindervater
Mitglied der
Gemeindevertretung



Ist Geld knapp, wird der Mensch gerne erfinderisch. Knappe Haushalte stellen Verwaltungen da gerne in eben jene Situation. Häufig wird dann auch zunächst geguckt, wo man alles schon länger nicht mehr erhöht hat. Ganz die neoliberale Denke: „Es wird halt alles immer teurer, was soll man da tun, wir können auch nur reagieren.“

In Neuenhagen hat man im Rathaus rechtzeitig vor dem Sommer festgestellt, dass Preiserhöhungen vor allem im Freibad eine gefühlte Ewigkeit nicht mehr stattgefunden haben. Und so möchte man die Gelder, die Vater Staat aus Steuern nicht mehr einzutreiben gewillt ist, Schröder-Merkel sei dank, folglich über die Hintertür wie eben

Freibadtickets wieder reinholen. Dabei stellte man die hochgradig wissenschaftliche Formel auf, alles einfach um 50ct zu erhöhen.

Für die Linksfraktion war das klar sozial ungerecht, sollten doch vor allem Kinder und andere ermäßigte Schwimmer am meisten mit Erhöhungen an der Haushaltslochtilgung beteiligt werden. So erwirkten wir zunächst, dass der Antrag im Kultur- und Sozialausschuss durchfiel, dessen Vorsitz ich seit Januar übernommen habe. Daraufhin hat die Verwaltung nachgebessert und sich auf folgende neue Preise, welche die Gemeindevertretung auch beschloss, eingelassen: der ermäßigte Preis soll von 1,50€ auf 1,70€ erhöht werden, Erwachsene von 3€ auf 3,80€ und bei Familien mit zwei Kindern von 8€ auf 10€. Zehnterticket und Gruppenkarten verhalten sich analog, bzw. erhalten ihre Gültigkeit auch jahresübergreifend bei.

Schwimmende Melkkuh

An der Stelle muss aber nochmal betont werden, dass es nicht der Sinn kommunaler Einrichtung sein kann, als „Melkkühe“ für etwaige Haushaltsdefizite zu dienen. Kommunale Einrichtungen dienen der Allgemeinheit und sind deswegen auch grundsätzlich aus Steuern zu finanzieren. Nach Bürgerhaus, Rathausanbau und Feuerwehr kann die Antwort jetzt nicht sein, das kulturelle Leben in der Gemeinde auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger, vor allem aus den sozial schwachen Schichten, zu refinanzieren.



Sascha Trutt
Mitglied der
Gemeindevertretung



Seit nunmehr schon vier Monaten arbeite ich jetzt als Fremdsprachenassistent (FSA) für Deutsch am Aquinas College in Stockport im Nordwesten Englands. Da wird es aus meiner Sicht höchste Zeit mal ein bisschen von meinen Erlebnissen in einer Art Halbzeitbericht zu erzählen.

Nachdem ich am 20. September vergangenen Jahres mein Lehramtsstudium für die Fächer Englisch, Sport und Politische Bildung an der Universität Potsdam erfolgreich abgeschlossen hatte (Master), fand ich mich eine Woche später bereits an meiner ersten Arbeitsstelle hier in England wieder. Da ich es während des Studiums nicht geschafft hatte, einen längeren Auslandsaufenthalt zu absolvieren, bietet mir die hiesige Anstellung an einer der besten Oberschulen der Region nun die Möglichkeit, mich sowohl beruflich als auch sprach-

lich und kulturell weiterzubilden.

Ich unterrichte Schülerinnen und Schüler im Alter von 16 bis 18 Jahren zwölf Stunden pro Woche in kleinen Gruppen. Dabei besteht meine Hauptaufgabe als Muttersprachler darin, ihnen die deutsche Sprache und Kultur näher zu bringen und sie vor allem im mündlichen Sprachgebrauch auf ihr Abitur (A-Levels) vorzubereiten. Im Fremdsprachenfachbereich arbeite ich als Mitglied eines sehr aufgeschlossenen und engagierten Kollegiums, das für alle unterrichteten Sprachen (Französisch, Spanisch,

Brief aus der Ferne

Deutsch, Italienisch, Japanisch und Chinesisch) je eine/n Fachlehrer/in und einen Assistenten bzw. Assistentin aus dem jeweiligen Land umfasst. Meine Schülerinnen und Schüler sind alle hochmotiviert und interessieren sich außerordentlich für Deutschland und die deutsche Sprache, sodass mir das Unterrichten viel Freude bereitet.

Ich wohne bei einem sehr netten älteren Engländer und seinem Sohn zusammen mit einem französischen Fremdsprachenassis-

tenten nur 10 Minuten zu Fuß von meiner Schule entfernt. Um mich so richtig unter die Einheimischen zu mischen, besuche ich mehrmals in der Woche ein großes Sport- und Erholungszentrum und bin an den Wochenenden oft mit anderen FSA unterwegs, um die Umgebung Stockports und Manchesters zu erkunden.

So sehr es mir hier auch gefällt – und das eigentlich gleich vom ersten Tag an, weil ich von den Engländern überaus herzlich aufgenommen wurde – fehlen mir meine Freundin sowie meine Familie und Freunde in Deutschland doch sehr. Zudem geht mir in der Ferne auch die Neuenhagener Kommunalpolitik ein wenig ab. Noch bis zum 31. Mai dieses Jahres ruhen mein Mandat und der Vorsitz im Kultur- und Sozialausschuss unserer Gemeinde. Ich freue mich aber schon darauf, mich ab Juni wieder aktiv in die Ortspolitik einbringen zu können und meine Fraktion zu verstärken.

Darüber hinaus hoffe ich, ab dem kommenden Schuljahr einen Referendariatsplatz an einer Schule in Berlin oder Brandenburg zu bekommen.

Ich bin recht zuversichtlich, dass mir das auch gelingen wird.

Freudiges Ereignis

Das freudige Ereignis steht bevor – unser neues Bürgerhaus wird eröffnet!

Ach ja, wir brauchen ja eine Gebührensatzung! Auf meine Anfrage im Finanzausschuss im Januar 2010 sagt der Bürgermeister: „Die Verwaltung hat daran gedacht und wird rechtzeitig eine Benutzungsgebührensatzung erstellen.“

Oh je – nun ist plötzlich ein Jahr vergangen und noch nicht einmal ein Entwurf liegt vor. Nun aber schnell! Alle Vereine und andere Nutzer müssen schnell in ihre Kassen gucken, dann noch ein paar Sondersitzungen der Ausschüsse (die kosten zwar zusätzlich Sitzungsgeld) – aber dann schaffen wir es noch „rechtzeitig“.

Gibt es ein Problem?

Helga Pietschmann



Durch Herrn Güßfeld wurde der GVT angezeigt, dass er die SPD-Fraktion verlassen hat und gemeinsam mit Herrn Pauli (BGN/Grüne) und Herrn Schalbe (Feuerwehr) die Fraktion „Pro Zukunft/Feuerwehr“ bildet. Dies führt zwangsläufig zu Veränderungen bei der Sitzverteilung in den Ausschüssen. Für DIE LINKE würde das bedeuten, dass wir im schlechtesten Fall als Fraktion einen Sitz im Hauptausschuss verlieren könnten, dieser Sitz würde zwischen den LINKEN, Bündnis 90/Grüne und NBA im Losverfahren vergeben. Außerdem würde für die Ausschüsse je ein Sitz zwischen Bündnis 90/Grüne und NBA verlost. Das kann nicht im Interesse der Linken und der weiteren demokratischen Fraktionen liegen. Nach



Zählergemeinschaft

langwährenden Berechnungen und rechtlichen Prüfungen haben sich die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Grüne und DIE LINKE geeinigt, eine Zählergemeinschaft zu bilden. Bei einer solchen entscheiden lediglich die Zahlen, nicht die gemeinsamen Ziele, über die Sitzverteilung in den Ausschüssen.

Für DIE LINKE wird sich dadurch voraussichtlich nichts bzw. nur wenig ändern. In den nächsten Tagen werden wir uns mit den Partnern über etwaige Besetzungen verständigen.

Ute Schönthal

Stellv. Fraktionsvorsitzende DIE LINKE

Neue EU-Regelungen für Grenzüberschreitende Gesundheitsleistungen



Auf seiner ersten Tagung im Januar 2011 hat das Europäische Parlament nach zähen Verhandlungen mit dem Rat eine EU-Richtlinie beschlossen, die medizinische Leistungen zu einer Ware machen, die nach einheitlichen Regelungen des EU-Binnenmarktes gehandelt werden kann. Deshalb wurde von der Kommission als Rechtsgrundlage die Dienstleistungsfreiheit ausgewählt! Gerade das war 2006 bei der Verabschiedung der Dienstleistungsrichtlinie der EU aber noch abgelehnt worden. Nach Auffassung der Linken kann Gesundheit nicht als Handelsware eingestuft, sondern muss als Grundbedürfnis für jeden

Menschen, als öffentliches Gut anerkannt werden. Als solches müssen qualitativ gute, für jeden Bürger leicht zu erreichende und bezahlbare medizinische Untersuchungen und Behandlungen in der Nähe des Wohnortes in der Muttersprache garantiert werden.

Die neue Richtlinie bedeutet eine freie Arztwahl für Patienten innerhalb der EU-Länder. Nach Genehmigung von der Krankenkasse müssen allerdings alle medizinischen Leistungen und Folgekosten (Reise, Unterbringung) zunächst erstmal aus der eigenen Tasche bezahlt werden. Die Höhe der Kostenerstattung erfolgt entsprechend den Regelungen im Heimatland. Krankenkassen könnten ihren Mitgliedern allerdings auch empfehlen, sich nach billigeren

medizinischen Behandlungen im Ausland umzusehen. Die Auslandsbehandlung erfordert also nicht nur ein gut gefülltes Portemonnaie, sondern Sprachbeherrschung und juristische Kenntnisse für den Streitfall etc. Für manchen mag dieses Angebot verlockend sein um, Warteschlangen für Operationen zu umgehen oder hoch spezialisierte Behandlung zu erhalten.

Die europäische Linksfraktion hat jedoch als Einzige gegen diese Richtlinie gestimmt, da sie das Gesundheitswesen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherung betrachtet. Einen Wettbewerb zwischen reichen und armen EU-Ländern um betuchte (Patienten)Kundschaft lehnt sie ab!

Thomas Raeck

Stell' Dir vor, es ist Hochwasser und nur die Biber gehen hin



Das Oderbruch hatte gerade eines seiner schwersten Hochwasser zu überstehen. Im Schutzbereich zwischen Hohensaaten und Zollbrücke, reichten die Pegelstände bisweilen an die Rekorde des Jahres 1997 heran. Wenn wir diesen Winter medial weniger mit der dramatischen Lage an der Hochwasserfront konfrontiert worden sind, lag das an den Leistungen der zuständigen Kräfte vor Ort.

Das ist gut so, doch muss die Frage erlaubt sein, in wie weit der hohe Einsatz sich für Betroffene und Verantwortliche gelohnt hat. Es sind dennoch erhebliche Schäden entstanden, für die nun so recht keiner verantwortlich sein und die schon gar keiner bezahlen möchte.

In das Vakuum der Schuldfrage, rückt nun der Biber. Sein unkontrollierter Damm- und Burgenbau habe wichtige Wasserpassagen blockiert, das Abfließen überschüssiger Wassermassen verhindert.

Ohne Frage: Biber stauen und dämmen, wo wir Menschen es

nicht immer gerne sehen. Aber reicht das für die Hauptschuld an einer Hochwasserkatastrophe? Nicht wenige Experten und Betroffene glauben das und im Kreis wird der Ruf nach einem „Bibermanagement“ laut. Bibermanagement = Biber in Anzügen, die ihr Tun an den Menschen angepasster organisieren?

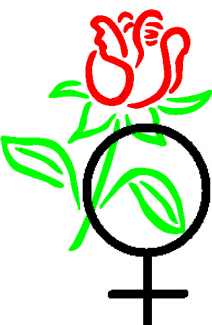
Leider nein. Gemeint ist die Dezimierung des Bestandes, bis mehr oder minder qualifizierte „Bibermanager“ darin keine Gefahr mehr sehen.

Doch das scheinbar Nötige und Machbare ist eben nicht immer das, was man auf den ersten Blick je dafür halten mag.

Vielleicht findet sich in der Vorbereitungsphase für die nächste Notfallperiode auch noch eine weniger radikale Form des „Bibermanagements“, was dringend jedem einseitigen Aktionismus vorzuziehen wäre. Immerhin haben die Verantwortlichen im Hochwassergebiet noch andere Probleme: Eine ISDN-Anlage etwa, um zeitnah das Öffnen und Schließen von Dämmen, Schleusen sowie den Einsatz von Großpumpen optimal zu koordinieren, steht schon lange ganz oben auf der Wunschliste.

Dr. Arno Gassmann

Zur Geschichte des Internationalen Frauentages



Der Frauentag hat eine lange und vielfältige Tradition. Am 27.8.1910, also vor 101 Jahren, schlug die deutsche Sozialistin KLARA ZETKIN auf dem 2. Internationalen Kongress der Sozialistinnen in Kopenhagen einen solchen internationalen Kampftag vor, der hauptsächlich der Durchsetzung des Frauenwahlrechtes dienen sollte. Am 19.3.1911, also vor 100

Jahren, wurde dieser Tag erstmalig in Deutschland, Österreich-Ungarn, Dänemark und der Schweiz begangen. In den nächsten Jahren fand er an anderen Terminen statt, 1912 zum Beispiel am 12. Mai, 1918 am 5. Mai, dem Geburtstag von KARL MARX. Am 12.5.1918 wurde dann in Deutschland das Frauenwahlrecht verkündet, und damit war eine Hauptforderung des Frauentages erfüllt. Der Frauentag konzentrierte sich nunmehr auf andere wichtige Fragen der Gleichberechtigung der Frauen in der Gesellschaft. Am 2.9.1921 wurde auf der 2. Internationalen Konferenz der kommunistischen Frauen in Moskau der 8. März als Frauentag be-

schlossen. Die SPD konnte sich in Deutschland erst 1923 zu einem Beschluss über den Frauentag durchringen, der dann 1926 zum ersten Mal durchgeführt wurde, allerdings an jährlich verschiedenen Terminen. Nun gab es also zwei Frauentage in Deutschland. In der Zeit des NS-Regimes war natürlich jeglicher Frauentag verboten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er ab 1946 (also vor 65 Jahren) offizieller Feiertag in der sowjetischen Besatzungszone und ab 1950 staatlicher Feiertag in der DDR. In den fünfziger und sechziger Jahren wurde der Frauentag in der BRD von einer breiten Oppositionsbewegung als Kampftag für Frieden und gegen die Wiederbewaffnung gestaltet. Aber als Internationaler Frauentag am 8. März blieb er umstritten. Im Jahre 1977 beschloss die Generalversammlung der UNO, den 8. März als Internationalen Frauentag anzuerkennen.

Und so feiern wir ihn heute am 8. März in Fortsetzung einer langen Tradition als Kampf- und Gedenktag für die Rechte der Frauen in aller Welt.

Dr. Erich Sieck

Ausstellungseröffnung

Der Ausstellungsraum in der Blaupause anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Das Versteckspiel“ am 10.02.2011 war bis auf den letzten Platz besetzt. Das Thema Rechtsradikalismus und seine Verschleierung interessierte viele Jugendliche und auch ältere Neuenhagener. Unter den Besuchern befanden sich neben dem Bürgermeister, der einige Worte an die Anwesenden richtete, auch Vertreter aller Neuenhagener Parteien.

Der Journalist und Bildungsreferent FRANK METZGER vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. Berlin referierte über aktuelle Erscheinungsformen und Entwicklungen innerhalb der rechts-extremen Szene.

Eindeutige Erkennungszeichen für

rechtsradikale Jugendliche wie Bomberjacke, Glatze und Springerstiefel sind heute subtileren, oft verwechselbaren Kennzeichnungen gewichen. Durch die verschiedenen rechten Subkulturen zieht sich ein vielfältiges Geflecht aus antisemitischen, schwulenfeindlichen oder rassistischen Einstellungen. Es orientiert sich an Codes und Symbolen, die für Außenstehende nicht sofort zu erfassen sind. FRANK METZGER erläuterte anhand von Folien die verschiedenen Merkmale und Strategien.

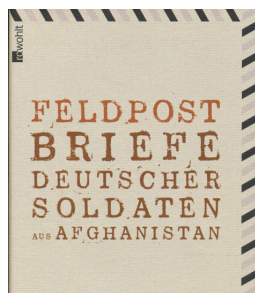
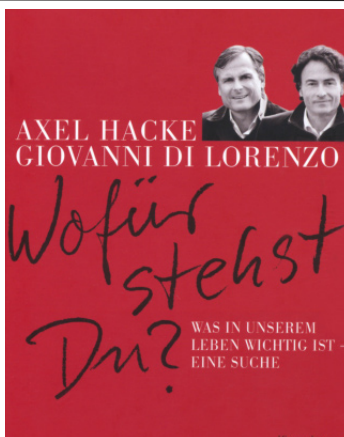
Die Ausstellung ist dienstags und donnerstags von 13 bis 18 Uhr, mittwochs von 13 bis 20 Uhr, freitags von 13 bis 22 Uhr und samstags von 15 bis 20 Uhr geöffnet.

www.dasversteckspiel.de

Bücher

Angst ist ein bestimmendes Thema in „Wofür stehst Du?“. Angst vor Versagen beispielsweise, die den Manager, der stets Stärke symbolisieren muss, dazu zwingt, sich hinter Masken zu verschanzten, um seine generelle Überforderung zu verbergen. Am Beispiel des durch Freitod gestorbenen Nationaltorhüters Robert Enke untersuchen Hacke und di Lorenzo, was geschieht, wenn einer die Maske nicht zu tragen vermag, aber trotzdem sein Gesicht nicht zeigen kann.

ISBN: 978-3-462-04241-2



Seit fast zehn Jahren kämpfen deutsche Soldaten in Afghanistan in einem zermürbenden Krieg. Als die Bundeswehr vom Vorhaben erfuhr, Feldpostbriefe von deutschen Soldaten zu veröffentlichen, tat sie alles, um dieses Projekt zu verhindern. Denn diese Dokumente bieten einen bestürzenden Einblick in den beklemmenden Alltag der Soldaten. Sie zeigen, wie der Krieg in Afghanistan wirklich ist.

ISBN-10: 3498006703

Wussten Sie schon...

dass vor 100 Jahren in Neuenhagen zum ersten Mal ein öffentliches Freibad schriftlich erwähnt wird? Im Protokollbuch der Gemeindevertretung vom 16.06.1911 heißt es im üblichen Bürodeutsch unter Punkt 9:

„Die Gemeindevertretung erteilte zu dem mit dem Pächter der Badeanstalt wegen freier Benutzung derselben durch Schulkinder getroffenen Abkommen ihre Zustimmung und bewilligte die hierdurch entstehenden Kosten von jährlich 50 Mark.“

Die Badeanstalt lag an der Niederheidenstraße kurz vor der Brücke über das Mühlengraben auf der rechten Seite. Sie bestand aus einem Badebecken mit dem aufgestauten, recht kalten Wasser des Neuenhagener Mühlengraben und war durch einen hohen Bretterzaun vor neugierigen Blicken geschützt. Die Badezeiten waren für Männlein und Weiblein streng getrennt. Für Schulkinder war die Benutzung laut Gemeindevertreterbeschluss kostenlos und die geringen laufenden Kosten erschienen den Gemeindevertretern auch erschwinglich. Baden war damals noch richtig billig!

Dr. Erich Sieck

Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.

Einladung

zum

20. Neuenhagener Gespräch
am 3. März 2011 um 19.00 Uhr
im Dachsaaal der Arche Neuenhagen
Carl-Schmücke-Str.33

mit

Prof. Dr. Karin Kulow

Nah-Ost-Expertin

Vorstandsmitglied im Nah-Ost-Forum e.V.

Thema:

Revolution in Nahost?

Arbeitseinsatz im Hellpöhle-Park

Der traditionelle Arbeitseinsatz der LINKEN im Hellpöhle-Park findet in diesem Jahr am Sonnabend, dem 09. April ab 10.00 Uhr statt. Unterstützer sind herzlich willkommen.

Einladung

Forum zum Frauentag

Erinnerungen an Johanna Solf

am Sonnabend, 05.03.2011 um 15 Uhr
im Petit Café, Ernst-Thälmann-Str. 33
www.fototheater-hautnahes.de



„Verheimlicht – vertuscht – vergessen“ beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden: Der Autor deckt auf, welche Nachrichten uns 2010 vorenthalten wurden. Er zeigt die wahren Zusammenhänge, die sich unter der Oberfläche dessen verbergen, was uns die Medien als „objektive“ Bericht-

erstattung präsentieren. So fragt er z. B.: Was steckt hinter der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko? Warum wurde Bischof Mixa „hingerichtet“? War der Kaczynski-Absturz in Wahrheit Mord? Gibt es geheime Wetter-Waffen? Wird Bargeld bald verboten?

ISBN: 978-3426780480

Impressum

ANSICHTEN - AUSSICHTEN

Herausgeber: Ortsorganisation Neuenhagen der Partei DIE LINKE, vertreten durch

Elke Richter, Hohe Allee 27
15366 Neuenhagen,
03342-205367

Redaktion: Dr. Klaus Biedka,
Werner Förster, Dr. Bernd Raum,
Heinz Scharf, Gerd Schlutow

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.